

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 38. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Sannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 20. Septemb. 1929

Zum Inkrafttreten der Invaliden- unterstützung.

Gemäß den Beschlüssen des Verbandstages in Dresden tritt mit der vierzigsten Beitragswoche 1929, zugleich mit dem neuen Verbandsstatut, die Invalidenunterstützung in Kraft. Prinzipiell wurde diese mit 30 gegen 5 Stimmen beschlossen. Durch diesen Beschluß wurde eine Lücke in unserem Statut ausgefüllt. Neben der Unterstützung der streikenden, gemahregelten, reisenden, arbeitslosen und kranken Mitglieder ist nunmehr die Hilfe auf die invaliden Kollegen und Kolleginnen getreten. Die Entmündigung der Gewerkschaften hat uns gezeigt, daß die Verbände mit den besten Unterstützungseinrichtungen auch mit ihren Gesamtleistungen an erster Stelle stehen.

Was bringt uns nun die Invaliden- unterstützung?

Sie gewährt Verbandsmitgliedern, welche infolge Alter, durch Krankheit oder Unfall dauernd arbeitsunfähig geworden sind, eine laufende Invalidenunterstützung aus der Verbandskasse. Die auszahlende Unterstützung wird verrechnet nach den geleisteten Verbandsbeiträgen, deren Anzahl und Höhe den auszahlenden Grundbeitrag ergibt.

Der Grundbetrag beträgt monatlich bei einem durchschnittlichen Hauptklassenbeitrag

| | | | | |
|-----------------------------|-----|------|------|-----------|
| bei | 700 | 1000 | 1500 | Beiträgen |
| bis zu 50 Pf. | 8 | 10 | 12 | Mk. |
| über 50 bis 90 Pf. | 10 | 12 | 14 | „ |
| über 90 bis 120 Pf. | 12 | 14 | 16 | „ |

Die Berechnung der Höhe des durchschnittlichen Hauptklassenbeitrages erfolgt nach den letzten 200 gezahlten Festmarkbeiträgen. Sofern dieser Nachweis nicht zu erbringen ist, erfolgt diese Berechnung nach dem Durchschnitt der nachgewiesenen Beiträge.

Hat der Invalide noch keine Festmarkbeiträge geleistet, so wird die Invalidenunterstützung nach dem Satz der Durchschnittsbeiträge von 50 Pf. berechnet, sofern er 15 Jahre am Tage des Eintritts der Invalidität dem Verbandsangehörige ist.

Hat ein Invalide infolge von Streit, Arbeitslosigkeit oder Krankheit noch keine 700 Beitragsmarken geleistet, so kann der Vorstand auf Antrag die Unterstützung nach der Beitragsstufe von 700 Beiträgen gewähren, sofern der Invalide am Tage der Invaliditätserklärung dem Verbandsangehörige 15 Jahre als Mitglied angehört.

Die Berechnung der Anzahl der geleisteten Hauptklassenbeiträge erfolgt in der Weise, daß die nach dem 1. Januar 1924 tatsächlich nachgewiesenen Beiträge angerechnet werden. Die Beitragszahlung vor dem 1. Januar 1924, rückwärts gerechnet bis zum Tage des Eintritts in den Verband (einschließlich der Kriegsjahre und Militärdienstzeit), wird für je ein Jahr mit 40, für ein Halbjahr mit 20 und für ein Vierteljahr mit 10 Beitragsmarken angerechnet.

Zu diesem Grundbetrag kommen Steigerungsbeträge. Gemäß § 32 Abschnitt 5 unseres Statutes werden Beitragszuschläge für die Invalidenunterstützung erhoben. Diese Zuschläge sind auf den Beitragsmarken erteilt und betragen bei einem Hauptklassenbeitrag

| | | |
|---------------------------|----|-----|
| von 40 Pf. | 5 | Pf. |
| von 60 und 80 Pf. | 10 | Pf. |
| von 100 Pf. | 15 | Pf. |
| von 120 Pf. | 20 | Pf. |

Die Steigerungsbeträge betragen 10 Proz. der Wertsumme aller ab 40. Beitragswoche 1929 für die Invalidenunterstützung gezahlten Beitragszuschläge. Es ist beispielsweise ein Kollege seit 25 Jahren ununterbrochen Verbandsmitglied. Er hat in dieser Zeit über 1000 Beiträge geleistet und steht ihm, vorausgesetzt, daß er in den letzten 200 Beitragswochen im Durchschnitt mindestens 90 Pf. Hauptbeitrag entrichtet hat, eine Grundrente von 14,00 Mk. pro Monat zu. In den nächsten vier Jahren fließt derselbe Kollege weitere 200 Beitragsmarken zu 1,20 Mk. Hauptbeitrag plus 20 Pf. Beitragszuschlag für die Unterstützungskasse. Der Kollege bekommt dann:

Grundbetrag 14,— Mk., Steigerungsbetrag 10 Proz. von 40 Mk. gleich 4,— Mk., zusammen 18,00 Mk. pro Monat.

Welche Schritte sind zur Erlangung der Invalidenunterstützung zu unternehmen?

Die Mitglieder haben ihre Anträge der zuständigen Ortsverwaltung zu unterbreiten. Letztere hat den Antrag auf Gewährung von Invalidenunterstützung dem Hauptvorstand zur Entscheidung einzureichen. Da die Gewährung der Invalidenunterstützung in der Regel von der Anerkennung der Invalidität durch die Reichsversicherung abhängig zu machen ist, ist dem Antrag neben dem Mitgliedsbuch und sonstigen Unterlagen der Rentenbescheid beizufügen.

Die Invalidenunterstützung wird nicht gewährt, wenn noch keine Aussteuerung in der Erwerbslosenunterstützung unseres Verbandes oder in der öffentlichen Arbeitslosen- oder Krankenversicherung erfolgt ist.

Diese Unterstützung wird ferner nicht gewährt, wenn der Invalide durch eigene Arbeit mehr als zwei Drittel des am Ort üblichen Lohnes seiner Branche noch verdient. Sofern am Orte ein Tarifvertrag besteht, kann dieser bei Feststellung des Einkommens zugrunde gelegt werden.

Die Invalidenunterstützung wird erst- mally für den Monat April 1930 gezahlt.

Sie ist am Monatschluß für den laufenden Monat auszahlend. Beim Ableben des Invaliden kann dem überlebenden Ehegatten oder den Angehörigen, für die der Verstorbene gesorgt hat, nur noch die Unterstützung für den laufenden Monat ausbezahlt werden.

Die Invalidenunterstützung darf nur dann ausgezahlt werden, wenn sie durch den Hauptvorstand angewiesen wird.

Der Invalide unterliegt während des Bezuges der Unterstützung der Kontrolle des Verbandes. Er hat sich bei Empfang der Unterstützung durch das Mitgliedsbuch zu legitimieren und die behördliche Empfangsbekundigung zur Abhebung der reichsgesetzlichen Invalidenrente vorzulegen.

Bei Wiedereintritt der Erwerbsfähigkeit erlischt der Anspruch auf die Invalidenunterstützung. Für die nicht gemeldete und vor der Antragstellung liegende Zeit der Invalidität wird keine Unterstützung gezahlt.

Sicherung der erworbenen Rechte bei Berufswechsel.

Diese Frage ist für alle Verbandsmitglieder, die durch die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage gezwungen sind, den Beruf zu wechseln, von größter Wichtigkeit. Heute haben die meisten Gewerkschaften die Invalidenunterstützung eingeführt oder bereiten deren Einführung vor. Unser neues Statut enthält unter anderen die Bestimmungen, daß Mitglieder, welche aus anderen Verbänden zu unserem Verbandsangehörigen, nur dann Invalidenunterstützung erhalten, wenn sie in unserem Verbandsverbande mindestens 520 Verbandsbeiträge geleistet haben. Ausnahmen sind nur möglich bei Uebertritten aus Verbänden mit ähnlicher Einrichtung.

In dem Falle, wo der Uebertritte schon einmal unserem Verbandsangehörige hat und der Wechsel in eine andere Organisation durch Berufswechsel bedingt war, kann der Hauptvorstand, wenn eine ununterbrochene Organisationszugehörigkeit vorliegt, Ausnahmen zubilligen.

Diese Bestimmungen sprechen aus, daß beim Uebertritt aus Verbänden, die ebenfalls die Invalidenunterstützung eingeführt haben, die dort geleisteten Beiträge angerechnet werden. Tritt ein Kollege, der bereits früher Mitglied unseres Verbandes gewesen ist, später jedoch Mitglied einer anderen Organisation war, welche die Invalidenunterstützung nicht hat, zu unserem Verband zurück, so werden ihm die bei uns geleisteten Beiträge angerechnet. Voraussetzung in allen Fällen ist, daß die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keine Unterbrechung erlitten hat.

Vorbedingung zur Erlangung der Invalidenunterstützung ist demnach die ununterbrochene Mitgliedschaft beim Verband. Die Unterstützungssätze steigern sich mit der Dauer der Organisationszugehörigkeit. Je länger man dem Verbandsangehörigen, um so höher ist die Unterstützung. Daraus ergibt sich für jeden Kollegen und auch für jede Kollegin die selbstverständliche Pflicht, peinlichst darauf zu achten, daß die Mitgliedschaft nicht durch irgendeinen Umstand erlischt. Wer seine Mitgliedschaft verliert, erleidet einen nie wieder einzubringenden Verlust.

Gelingt es uns, durch die Einführung der Invalidenunterstützung die Mitglieder fester als bisher an den Verband zu fesseln, und damit die bisherige große Fluktuation einzudämmen, ist das für uns alle ein großer Erfolg.

Je fester die Mitglieder an den Verband gefesselt sind, desto widerstandsfähiger wird sich die Organisation gegen den Ansturm der Arbeitgeber erweisen. Die Invalidenunterstützung wird also nicht, wie es die Gegner derselben immer hinzustellen versuchen, die Gewerkschaften lähmen, sondern sie wird dazu beitragen, daß die Kampffähigkeit und die Kampfbereitschaft unseres Verbandes gehoben wird.

Unsere gesamten sozialen Unterstützungseinrichtungen dienen in erster Linie unseren vom Uebel des Tageskampfes betroffenen Kollegen und Kolleginnen. Sie sind aber weiter zugleich Mittel zum Zweck, indem sie unsere Verbandsmitglieder fester an uns fesseln und dadurch die Organisation nach innen und nach außen festigen und stärken. Auch in der Zukunft wird die Hauptaufgabe des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes in der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, im Ausbau der Arbeitschutzbestimmungen und endlich in der Schaffung der Voraussetzungen für ein besseres Kulturleben für die gesamte Menschheit bestehen. Die Einführung und der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen fördern diese Aufgaben und deshalb ist es Pflicht aller Kollegen, Aufmerksamkeit über die Bedeutung dieser sozialen Einrichtungen in die Kreise aller Indifferenten zu tragen.

Der 61. englische Gewerkschaftskongress.

Die Bedeutung des in der ersten Septemberwoche in der nordischen Stadt Belfast gehaltenen Kongresses liegt vor allem auf historischem Gebiet. Im Jahre 1893, vor nunmehr 36 Jahren, tagte der Kongress zum ersten Male in Belfast. Damals feierte der im Jahre 1869 geborene „Neu-Tradeunionismus“ große Erfolge. Der Sieg, den der „Neu-Tradeunionismus“ in Belfast errang, wurde auch von der damals noch sehr jungen und schwachen deutschen Gewerkschaftsbewegung freudig begrüßt, weshalb es sich lohnt, die Vergangenheit noch einmal an unserem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen.

Man muß schon in den Beschäftigten der Gewerkschaftsbewegung nachblättern, um zu erfahren, was der „Neu-Tradeunionismus“ eigentlich war. Es ist bekannt, daß die englische Gewerkschaftsbewegung auf eine fast zweihundertjährige Geschichte zurückblicken kann. Durch den „Neu-Tradeunionismus“ feierte die Bewegung eine Art Wiederauferstehung. Ursprünglich war das gewerkschaftliche Leben nur für die „Facharbeiter“ gedacht, das große Heer der ungelerten Arbeiter stand außerhalb des Rahmens derselben. Im Jahre 1889 waren es Ben Tillett, John Burns, Tom Mann, die durch die Gründung „Allgemeiner Arbeiterunions“ den „Neu-Tradeunionismus“ schufen und dadurch der gesamten Arbeiterbewegung einen neuen Impuls gaben.

Der Zufall wollte es nun, daß der diesjährige Präsident des Kongresses eben der jetzt fast 70 Jahre alte Ben Tillett war; durch dessen Person leuchtete die Vergangenheit hell auf. Er war es, der auf dem Kongress von 1893 einen Antrag auf Schaffung einer politischen Arbeiterpartei einbrachte. Trotzdem der Antrag angenommen wurde, dauerte es doch noch bis 1900, ehe die Arbeiterpartei zur Wirklichkeit wurde.

Jeboch, der „Neu-Tradeunionismus“ hatte noch andere Eigenschaften, die uns als moderne Gewerkschafter vor allem interessieren: Er sagte den „alten“ Berufsverbänden mit ihren Unterstützungsorganisationen den Kampf an. Seine Kampforganisationen im Gegensatz zu den Unterstützungsvereinigungen sollten geschaffen werden.

In den 36 Jahren, die seit dem ersten Belfast Kongress hingegangen sind, hat sich gar vieles verändert. Wir kennen heute nichts mehr von „Neu-Tradeunionismus“, von dem auch in unseren deutschen Gewerkschaftsversammlungen viel gesprochen wurde. Symbolisch gesprochen ist durch die Vereinigung von „altem“ und „neuem“ Tradeunionismus die Synthese der modernen Gewerkschaftsbewegung entstanden. Auch in Deutschland lernten wir trotz der wohlausgebauten Unterstützungsorganisationen den Kampfgeist in unseren Organisationen wachzuhalten. Wir lernten von den Engländern. Dort zeigte sich gar bald, daß die Verbände ohne Unterstützungsorganisationen in Zeiten der Krise und des wirtschaftlichen Tiefstandes keine Widerstandskraft hatten. Es kam nicht nur darauf an, Mitglieder zu werden, sondern, was viel wichtiger ist, die gewonnenen Mitglieder zu halten, und dazu dienen und dienen die Unterstützungsorganisationen. Jeboch haben diese Einrichtungen auch noch einen eminent erzieherischen Sinn, sie bereiten das soziale Milieu vor,

aus dem das soziale staatliche Versicherungswesen unserer Tage hervorgeht.

Der diesjährige Kongress verlief ohne „Sensationen“. Es gab keine „Auftritte“ zwischen „rechts“ und „links“. Die englischen Arbeiter warten auf die Taten der Arbeiterregierung, auf die sie mit Verachtung blicken. Ben Tillett erklärte in seiner Eigenschaft als Präsident, vom Premierminister Ramsay MacDonald habe er die Zulassung erhalten, das Antigerichtsgesetz solle schnellstens durch eine neue Gewerkschaftscharta ersetzt werden.

Seit einigen Jahren spielt das Organisationsproblem eine gewichtige Rolle. Man spricht viel von Industrieverbänden, ohne jedoch vom Tied zu kommen. Wie ein Bleigewicht hängt die Tradition an den alten Verbänden. Trotzdem heilsamerweise der ursprüngliche Verband der Maschinenbauer schon im Jahre 1880 das System des Industrierverbandes erlangt, bestehen noch heute in der Metallindustrie 187 Verbände. In diesem Jahre waren es die Bergarbeiter, die das Problem vor das Forum des Kon-

erzungen werden, der Wille zum Industrieverband müsse aus den Kreisen der Mitglieder kommen. Ueberhaupt sei es schwer, eine Abgrenzung der einzelnen Industrien vorzunehmen, was besonders bei Chemie und Bergbau in die Augen springend sei. Allgemeine Heiterkeit ergozte es, als ein Delegierter durch Zuruf erklärte, genau gesprochen gehörten die Bergarbeiter in den allgemeinen Verband der ungelerten Arbeiter, weil die der Industrie der Chemie vertrete! Der Antrag der Bergarbeiter wurde abgelehnt. Wir Deutsche haben eigentlich alle Ursache, die Engländer zu bedauern. Freilich gibt es auch bei uns Zersplitterung. Wir haben die Christen, die Kirche u. a., und doch dürfen wir mit Stolz auf unser Organisationsleben hinweisen. Wir haben dem Prinzip des Industrierverbandes alle Ehre angetan. Für uns gibt es ein Organisationsproblem im Sinne der Engländer nicht mehr.

Seit den bekannten Mond-Turner-Besprechungen steht das Rationalisierungsproblem im Vordergrund aller gewerkschaftlichen Debatten. In einer Entschiedenheit betonte der Kongress neuerlich die Notwendigkeit wissenschaftlicher Organisation und Methoden. Die Redner verurteilten die auftauchenden Schwierigkeiten nicht. Dufes vom Verkehrsund sprach von der „Anklymologie“, die die Arbeiterschaft erfasse. Die Rationalisierung habe bis jetzt nicht immer gute Eigenschaften gezeigt. Es gab Fälle, wo die Rationalisierung weder den Arbeiter noch den Konsumenten genützt habe. Die Preise seien nicht gesunken und der Lebensstandard habe sich nicht gehoben. Die größte Gefahr bei der Rationalisierung bestehe darin, daß die gewerkschaftliche Organisation geschwächt werde. Ausgabe der Gewerkschaften sei es, alles daran zu setzen, ihre Organisation zu stärken, um so auf die Industrie immer größeren Einfluß zu gewinnen. Mittel und Wege müssen gefunden werden, die durch die Rationalisierung hervorgerufenen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. In einem Zuruf zur Entschiedenheit wird verlangt, daß durch die Rationalisierung keine Arbeiter entlassen werden dürfen, bis für diese neue Stellen gefunden sind.

Ein Antrag, der den amtlichen Lebensstandard, bezug, der aus der Vortragsreihe stammt und die veränderten Verhältnisse außer acht lasse, verändert wissen will, wurde dem Generatrat auf dessen Wunsch zur weiteren Untersuchung überwiesen, nachdem Walter Citrine (vom Generatrat) auf die Gefahr hingewiesen, in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes eine Verringerung vornehmen zu wollen. Besser und vorsichtiger sei es, hiermit zu warten, bis die wirtschaftliche Lage sich etwas gebessert habe.

Leider ist der Mitgliederbestand der englischen Gewerkschaften auch im letzten Jahre wieder gesunken. Auch hier zeigt sich, die deutschen Gewerkschaften sind eher in der Lage, das wirtschaftliche Getriebe zu kontrollieren als die Engländer. In Deutschland konstatieren wir mit Freude, wie sich der Mitgliederbestand von Monat zu Monat steigert. Es scheint fast so, daß unsere englischen Freunde von den viel jüngeren deutschen Gewerkschaften doch noch etwas lernen können. Das auszusprechen ist keine Ueberhebung, aber was ist, braucht nicht verschwiegen zu werden.

B. Weingaert.

Mensch im Eisen.

Von Heinrich Lerch.*

Mein Tagewerk ist im engen Kesselrohr bei kleinem Glühlicht unden Krumm zu fließen, an Nieten hämmern, in der Hitze schwitzen, verstaubt sind Aug und Haar und Ohr, nur noch ein kleiner Menschenkraftmotor bin ich, des Habel, meine Arme, fliegen, ich will die Aeren mit dem Messer ripen: Dampf kößt, statt roten Blutes Straß, hervor.

O Mensch, wo bist du? Wie ein Käsefrieser im Bernstein eingeschlossen, hochst du rings im Eisen, Eisen umpanzert dich mit schließendem Gewirz! Im Auge raßt die Seele, arm und irr. Helmweh heult wahnwitzig, Helmweh weint flüß nach Erds, Mensch und Licht!

Schrei lauter, Mensch im Eisen!

großes brachten und sich über Mitgliederlang „der andern“ betlagten. Nach ihrem Plane soll „für jede Industrie nur ein Verband“ bestehen. Mit schönen Redensarten ist hier aber nichts anzufangen. Hier heißt es Hand ans Werk legen. Mit Recht mußten es sich die Bergarbeiter sagen lassen: Ist es euch ernst mit der Schaffung von Industrieverbänden, so fangt bitte bei euch selbst einmal an. In der Tat bestehen im Kohlenbergbau etwa 200 selbständige Organisationen, die zu einer losen Föderation zusammengeschlossen sind. Der Generatrat steht wohl nicht mit Anrecht auf dem Standpunkt, der Versuch sei gefährlich, mit Gewalt reorganisieren zu wollen. Der Wille zur Verschmelzung könne nicht von oben nach unten

* „Stern und Anker“, Gedichte von Heinrich Lerch. Preis 60 Pf. Arbeiterjugend-Verlag.

Hühneraugen.

Von Dr. Kusat, Facharzt für Orthopädie.

Verdickungen der Haut werden bei den verschiedensten Krankheitsformen beobachtet; es sei nur an die Arteriosklerose erinnert und die eigenartigen Hautveränderungen bei Gonorrhoe und anderen Infektionskrankheiten. In den meisten Fällen aber dürfte es sich doch um mechanische Reizungen handeln, die auf eine Reaktion der Haut bei zu großer Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Es ist bekannt, daß beim Rubern z. B. an den Fingern sich harte Schwielen bilden, die aber im großen und ganzen keine Beschwerden zu machen pflegen. Erheblich schlimmer sind die Hautveränderungen am Fuße, und das Sprichwort hat nicht unrecht, das sagt: „Neder weiß, wo ihm der Schuh drückt“.

Eine gesunde Haut, die glatt und weich ist, macht nur selten Beschwerden, selbst wenn ein Druck des Stiefels oder Strumpfes an irgendeiner Stelle stattfindet. Es wäre wünschenswert, daß auch die Strümpfe, ebenso wie die Schuhe, für den rechten und linken Fuß besonders geformt sind, eine Forderung, die bereits in den Schulen beim Erlernen des Strickens durchgeführt werden müßte, wie es z. B. in der Schweiz der Fall ist. Gerade durch den Druck des Strumpfes entstehen die so schmerzhaften Verdickungen zwischen den Zehen. Ueberhaupt sind die Zehen am meisten in Mitleidenchaft gezogen, weil sie dem größten Druck ausgesetzt sind, besonders bei den sehr übermäßig hohen Absätzen der Damenschuhe, und zweitens, weil die Blutirkulation bei ihnen am mangelhaftesten ist.

Neben den einfachen Verdickungen und Schwielen sind die clavi (Hühneraugen, Leichdorne) und die Warzen (verrucae), die oft unter einer Schwielen verborgen sind, zu berücksichtigen.

Die erste Forderung zur Verhütung aller derartigen Schäden ist die Pflege des Fußes, Erhaltung der Fußschwäbe und der geraden Richtung der Zehen. Begleitende harte Stellen der Haut werden zweckmäßig mit Sandpapier abgerieben und mit einer indifferenten Salbe eingesalbt. Ein einfaches Kautschukbesteck leistet zum Schuhe gute Dienste, während alle Salben- und ähnlichen Präparate zwar die Schwielen erweichen, aber auch die umgebende gesunde Haut schädigen können. Man wird also in allen Fällen, in denen man ein erweichendes Präparat anwendet, dafür sorgen müssen, daß nur die erkrankte Stelle beinflusst und die gesunde Umgebung geschützt wird. Am besten wird zunächst ein einfaches Heftpflaster aufgelegt, das an der zu behandelnden Stelle ausgeschnitten ist. Auf diesen Ausschritt kommt dann das differente Mittel.

Beim clavus, bei dem ein verhornter Epithelzapfen wie ein Nagel oder ein Dorn in die Tiefe geht, muß zur wirklichen Heilung dieses Gebilde ganz entfernt werden, um ein Wiederkommen zu verhüten. Man wird häufig nicht ohne einen operativen Eingriff auskommen. Mitunter sind die entzündeten und verkerkten Schleimbeutel und die scharfkantigen Knochenvorsprünge zu entfernen. Auch Röntgenbestrahlungen, die in neuerer Zeit empfohlen werden, haben in manchen Fällen zum erwünschten Erfolg geführt. Das Wesentliche bei allen Behandlungen ist aber, neben der sorgfältigen Entfernung eine Entlastung von dem Druck, der die Verdickung hervorgerufen hat.

Auf dieser Ueberlegung bauen sich die Erfolge aller Hühneraugenringe auf. Der Druck, der bisher dauernd eine bestimmte Stelle traf, läßt jetzt diese Stelle frei und wird auf die Peripherie verlegt. Am meisten beachtet haben sich kleine Schwammgummiringe, da sich das Schwammgummi weniger zusammenbrückt als Filz und andere Materialien.

Schwammgummistücke in der Nacht zwischen die Zehen gelegt, schafft wieder Bewegungsfreiheit.

Unter den Rapschen der Mittelfußknochen, besonders des zweiten und dritten, die neben der Ferse als Hauptbelastungspunkte zu betrachten sind, bilden sich ebenso wie an der Ferse häufig Schwielen, die besonders am Vorderfuß heftige Schmerzen hervorrufen (Mortons Krankheit). Durch Hebung des vorderen Fußgewölbes mittels individuell gearbeiteten Einlagen läßt sich der Druck durch die falsche Belastung beseitigen, so daß die Schwielenbildung aufhört.

Häufig sitzen aber unter den Schwielen clavi oder die noch schwererger zu beseitigenden Warzen. Nach Abtragung der harten Haut unter strengster Asepsis (es gibt am Fuße sehr häufig Infektionen) präparieren sich die Warzen als dunkle, meist schwarze, in die Tiefe gehende, vielfache, punktförmige Gebilde. Ein Herausheben erscheint wegen der zurückerbleibenden Narbe nicht zweckmäßig. Jeder einzelne schwarze Punkt muß vorsichtig herausgeholt werden, oft empfiehlt sich ein leichtes Lehen mit Höllensteinlösung, rauchender Salpetersäure, Nitrochlor u. a. m. Auch Verbrennung durch elektrische Einwirkung führt zu gutem Erfolge. Eine Heilung wird aber nie eintreten, wenn nicht die erkrankte Stelle durch Schwammgummiringe geschützt wird. Eine gute individuell gearbeitete Einlage mit ganzer Lederhülle, die das Hauptlängsgewölbe und das Quergewölbe stützt und an der Stelle der Schwielen und Warzenbildung ausgeschnitten ist, dürfte dann die Beschwerden und die krankhaften Erscheinungen für immer beseitigen.

Eine gute Fußpflege mit warmen Bädern unter Zusatz von Seife, Alaun, essigsauren Tonerde und ähnlichem wird eine gesunde und weiche Fußhaut erhalten und allen Verdickungen vorbeugen.

Das Haager Ergebnis.

Als die Delegationen Deutschlands und der Gläubigerländer nach dem Haag fuhren, hat die Deffektivität nicht nur das Ergebnis der Konferenz; Annahme des Young-Planes und Räumung des Rheingebietes vorweggenommen, sondern war von dem ungeschickten Ablauf der Konferenz überzeugt. Es kam anders: auf der Konferenz wurden sowohl der Annahme des Young-Planes wie der Ausführung der Räumung Hindernisse entgegengesetzt, die den Erfolg der Konferenz ernstlich gefährdeten. Der Young-Plan wurde vom englischen Finanzminister Snowden bekämpft, der einen äußerst energischen und erfolgreichen Kampf gegen die Benachteiligung Englands führte. Snowden war zweifellos im Recht, wenn er diese Benachteiligung seines Landes zugunsten des reichen Frankreichs und des schicksalichen Italiens nicht weiter hinnehmen wollte. Ihm war offenbar weniger an den Mehreinträgen aus den Reparationsleistungen gelegen, als an der Zurückgewinnung der Handlungsfreiheit gegenüber Frankreich, in dessen Schlepptau sich die englische Außenpolitik unter dem konservativen Minister Chamberlain seit Jahr und Tag befand. Es lag nicht in Snowdens Sinn, Vorteile für England auf Kosten Deutschlands herauszuschlagen. Die anderen Länder aber, vornehmlich Frankreich und Italien, die unter dem Druck Snowdens dem englischen Standpunkt Zugeständnisse machen mußten, haben auch Deutschland zu diesen Opfern herangezogen. Man kann den Vertretern Deutschlands keinen Vorwurf machen daraus, daß sie durch Beteiligung an diesen Opfern einigen Verschlechterungen des Young-Planes zustimmten, da sie sich in einer Zwangslage befanden. So sehr auch Frankreich sich um den Young-Plan bemühte, war die Annahme des Young-Planes für Deutschland in erster Linie wegen der Räumung des Rheingebietes, aber auch in Hinblick der Finanzlage des Reiches wie wegen der Schwierigkeiten der Kapitalversorgung der Wirtschaft wichtiger als den Gläubigerländern. Die Zugeständnisse waren aber, so unangenehm sie empfunden werden müssen, wirtschaftlich nicht schwerwiegend. Sie waren nur in einem Fall mit der Abänderung des Young-Planes verbunden, und gerade in diesem Fall war das Zugeständnis für Deutschland belanglos. Wir denken an die Erhöhung des ungeschützten Teiles der Reparationsleistungen in den ersten zwei Jahrzehnten um jährlich etwa 40 Millionen, von 680 auf 700 Millionen Mark. Deutschland wird den im Young-Plan ihm zugesicherten Schutz, der ihm einen Zahlungsausgleich auf höchstens zwei Jahre für den geschützten Teil der Reparationslasten ermöglicht, voraussichtlich überhaupt nicht, keineswegs aber für den ganzen geschützten Teil in Anspruch nehmen, um seiner Kreditwürdigkeit nicht zu schaden. Deshalb ist es ziemlich gleichgültig, ob der geschützte Teil um 40 Millionen größer oder geringer ist.

Die übrigen Zugeständnisse erfolgten nicht durch Abänderung des Young-Planes, sondern durch eine für Deutschland nicht günstige Auslegung verschiedener Punkte desselben. Diese betreffen den Uebertrag von 300 Millionen, der im Young-Plan als Uebergangsfonds aus den Dawes-Zahlungen der letzten fünf Monate (seit 1. April bis 1. September 1929) vorgesehen war. Da dieser Fonds England zugewiesen wurde, mußten die anderen Länder, darunter auch Deutschland, auf die im Young-Plan angeordnete Beteiligung an diesem Fonds verzichten; das ist also nicht eine zusätzliche Belastung Deutschlands, nur der Entgang einer in seiner Höhe unbestimmten Zuzahlung. Des weiteren muß Deutschland noch 30 Millionen Mark für Besatzungskosten für die Zeit nach dem 1. September zahlen, eine Ausgabe, die sonst aus dem erwähnten Uebergangsfonds hätte gedeckt werden sollen. Bei der Neuregelung der Sachlieferungen wurde neben dem Verbot der Wiederausfuhr der Sachlieferungen, die ohne Schaden Deutschlands den englischen Wünschen entgegenkommt, noch vereinbart, daß sich Italien England gegenüber zur Abnahme von je einer Million Tonnen Kohle für die nächsten drei Jahre verpflichtet. Deutschland wird weniger Kohle an Italien liefern, dafür wird die deutsche Quote durch Frankreich übernommen werden, sei es in Kohle oder in anderen Gütern. Für die deutsche Wirtschaft entsteht daraus kein Nachteil, nur vielleicht dem Kohlenbergbau, der sich zurzeit in einer sehr befriedigenden Lage befindet, ein Ausfall an Absatz.

Da nun die in der Konferenz von Haag angenommenen Abänderungen an dem Young-Plan von geringerer Bedeutung sind, hat sich an der Fragestellung in bezug auf den Young-Plan nichts verändert. Sie lautet weiter: Young-Plan oder Dawes-Plan? Denn im Falle einer Ablehnung des Young-Planes, wie immer wieder betont werden muß, würde der Dawes-Plan in Kraft bleiben. Es braucht hier nicht auf die Vorteile des Young-Planes gegenüber dem Dawes-Plan ausführlich eingegangen zu werden; er bestreitet das Höchstmaß der deutschen Zahlungen, bringt eine Entlastung von jährlich mindestens einer halben Milliarde Mark (und bei Berücksichtigung des aus dem Young-Plan entfernten Wohlstandsindex

nach viel mehr), beseitigt die drückende Finanzkontrolle der Gläubiger und gibt die verfallenden Einnahmen wieder frei. In der Abänderung des Young-Planes im Rahmen des Young-Planes vermögen wir gegenüber dem Dawes-Plan keine Verschlechterung zu erblicken. Der allmähliche Abbau der Sachlieferungen innerhalb von zehn Jahren ist vom deutschen Standpunkt allerdings bedauerlich. Dennoch sind die angeführten Vorteile des Young-Planes gegenüber dem Dawes-Plan derart groß, daß dessen Ablehnung vollkommen unverantwortlich wäre. Das einzige Argument, das gegen die Annahme des Young-Planes angeführt werden kann und stets wieder angeführt wird; daß nämlich beim Weiterlaufen des Dawes-Planes sich dessen Undurchführbarkeit bald erweisen würde und die Gläubiger dann zu noch viel größeren Ermäßigungen gezwungen werden könnten, ist falsch. Denn ein Zusammenbruch des Dawes-Planes kann nicht in Erscheinung treten, solange das Ausland uns Kredite gibt. Im übrigen wäre ein solcher Versuch des Beweises für die Undurchführbarkeit mit den schärfsten Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit verbunden, ohne den Zusammenbruch des Dawes-Planes zu verbürgen. Was aber die Herabsetzung der Reparationslast angeht, so kann diese bei einer veränderten politischen Gesamtlage auch bei dem Young-Plan erfolgen. Falls die Vereinigten Staaten ihre Forderungen an ihre Kriegsschuldner mit der Zeit ermäßigen, so würde das dem Young-Plan zufolge auch Deutschland zugute kommen.

Bei einer Ablehnung des Young-Planes hätte die vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes nicht erfolgen können. Nun soll die Räumung erfolgen, und wenn auch deren Endtermin ungebührlich lange, bis Juni 1930, hinausgezogen wird, so wurde zumindest die Unsicherheit in bezug auf die Räumung behoben, was angesichts der so häufig ausgedrückten Befürchtungen, daß die Besatzungsmächte die Räumung unter Vorwänden hinausschieben würden, eine große Beruhigung ist. Es ist wohl überflüssig, hier auf die große Bedeutung der Räumung sowohl von innerdeutschem Gesichtspunkt, als auch für die deutsch-französischen Beziehungen, einzugehen. Das Auftreten der englischen Regierung für die Räumung hat die Erledigung der Räumungsfrage stark gefördert. Auch hat das energische Verhalten Snowdens in den Finanzfragen zur Befestigung der englischen Arbeiterregierung beigetragen, was günstige Wirkungen für die Weltpolitik haben dürfte. Es wäre aber verfehlt, nunmehr von einem Bruch zwischen England und Frankreich und von einer deutsch-englischen Front gegen Frankreich zu reden. Dies widerspricht den Tatsachen und wäre auch weltpolitisch sehr unerwünscht. In Verbindung mit der Räumung soll hier nur auf die erhebliche wirtschaftliche Entlastung, die sich aus der vorzeitigen Räumung ergibt, wie Befreiung von Schäden der Besetzung, Freigabe von Wohnungen usw., hingewiesen werden.

Die Konferenz von Haag wurde durch die englischen Forderungen und die Räumungsfrage derart in Anspruch genommen, daß die Erledigung von wichtigen Problemen, die die Organisation der Reichsbank und der Reichsbahn, die Errichtung der Weltbank (Bank für internationale Zahlungen) betreffen, zurückgestellt werden mußte. Ueber die Arbeit der für die Behandlung dieser Fragen eingesetzten Kommissionen wurde bisher nichts berichtet. Und doch sind diese Fragen sehr bedeutungsvoll, insbesondere auch vom Gesichtspunkt der deutschen Arbeiterschaft. Wir möchten an dieser Stelle nur an die Denkschrift der freien Eisenbahnergewerkschaften erinnern, wo die berechtigten Forderungen der Eisenbahner aufgestellt wurden. Man muß daher fordern, daß diese Fragen der öffentlichen Beurteilung nicht entzogen werden.

Die vorstehenden Erörterungen über die Vorteile des Young-Planes gegenüber dem Dawes-Plan, die dessen Annahme erforderlich machen, dürfen freilich nicht den Schein erwecken, als ob die im Young-Plan vorgesehene Belastung nicht außerordentlich hoch wäre. Im Gegenteil werden auch die Young-Zahlungen das deutsche Volk schwer belasten, das deutsche Volkswirtschaften erheblich schmälern. Unter der Herrschaft des Young-Planes wird der Kampf für den Anteil der Arbeiterschaft an dem Ertrag der Produktion und die Verteilung der Lasten gerade so heftig geführt werden müssen, als wenn der Dawes-Plan in Kraft geblieben wäre. Dieser Klassenkampf wurde von den Unternehmern bereits eröffnet, indem sie mit Rücksicht auf die Entlastung der Reichsfinanzen durch den Young-Plan einen Steuerabbau zu ihren Gunsten, gleichzeitig aber den Abbau der Arbeitslosenversicherung und die vollkommene Befreiung der Staatsskasse von den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung (selbst für den Fall außergewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit!) fordern. Auch hier wird der Versuch gemacht, Lasten und Vorteile aus der Reparationsregelung zugunsten der Arbeitnehmer zu verteilen. Doch wird der Kampf, wofür der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung ein bedeutungsvolles Beispiel ist, auf der ganzen Linie ausgefochten werden müssen.

Das Haus des Arbeiters.

Die von den Gewerkschaften gegründete Demow-Revisionvereinigung hatte vom 6. bis 8. September ihre diesjährige Tagung in Schwerin in Mecklenburg. Diese Tagung war eine große Manifestation gegen das Wohnungsgeld, das uns als trauriges Erbe einer verrotteten Gesellschaftsordnung anhängt. Für die breiten Schichten unseres Volkes, denen das Glück einer gesunden harmonischen Behausung fehlt, ist die Frage der Schaffung von Arbeiterwohnungen, in denen Erholung und Kultur möglich sind, eine der brennendsten Fragen. Die Tagung in Schwerin war zugleich eine wichtige Kundgebung für den gemeinnützigen Wohnungsbau.

In einer Verlesung in der Stadthalle ergriff unter anderen auch Genosse J. Stelling das Wort zu einem eindringlichen Appell an die werttätigen Massen, alle Glieder der Arbeiterbewegung zusammenzufassen zu einer schlagfertigen Organisation. Unsere Aufgabe ist, dahin zu wirken, nicht sonnige Wohnungen zu schaffen, um die Arbeiterschaft aus den Mietwohnungen zu erlösen.

Grundlage aller Lebensfreude ist das häusliche Behagen, das nur die gesunde lichte Wohnung vermitteln kann. Wer gesunde Wohnungen schafft, schafft gesunde freie Menschen und damit das sicherste Fundament für eine freie soziale Republik.

Auf der Veranstaltung selbst hielt nach einer Reihe von Begrüßungsansprüchen Genosse R. Lipinski einen Vortrag über Gegenwart und Zukunft des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Der Vortrag gipfelte in der Forderung, daß das Verprechen der Reichsverfassung wahrgemacht werde, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung, allen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Heimstätte zu sichern.

Der letzte Tag brachte das große Referat des Verbandsvorsitzenden K. Linke über die Arbeit des Verbandes im letzten Jahre.

Es werde häufig von Unternehmerkreisen behauptet, daß der gemeinnützige Wohnungsbau nicht über die notwendigen eigenen Mittel verfüge. Das sei eine der Verleumdungen, die dauernd systematisch gegen die Demow-Bewegung ausgestreut würden. Am 31. Dezember 1928 verfügten die Verbandsmitglieder über eine Summe von mehr als 14 Millionen Mark eigener Mittel. Auch die Sparbewegung habe bei den einzelnen Genossenschaften gute Fortschritte gemacht. In einzelnen Bauvereinigungen kämen im Durchschnitt 800 bis 1000 M. Spargelder auf das einzelne Mitglied. Durch die Solidarität der einzelnen Genossen werden heute weit mehr Mittel im gemeinnützigen Wohnungsbau investiert als im privaten Wohnungsbau der Vorkriegszeit. Bei den parlamentarischen Verhandlungen über die Neuregelung der Gemeinnützigkeit bei Bauvereinigungen werden unsere Freunde in den Parlamenten sich dafür einsetzen, daß eine Regelung zustande kommt, die im wahren Interesse des gemeinnützigen Wohnungsbaues liegt. Der Ausgang der kommenden Kommunalwahlen in Preußen sei für die weitere Arbeit von außerordentlicher Bedeutung. Gelänge es der Partei, die die Sache der Demow stets zu der ihren gemacht habe, einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen, so würde der gemeinnützige Wohnungsbau den allergrößten Nutzen davon haben. Der Redner rief alle Funktionäre der Bewegung auf, schon jetzt in ihrem Wirkungstreife energisch an die Propaganda für den Wahlkampf heranzugehen.

An den Bericht des Verbandssekretärs Dr. Boden schloß sich eine ausgiebige Debatte, die den Appell des Verbandssekretärs stark unterstrich, bei Mietpreiserhöhungen und anderen Reaktionen äußerste Vorsicht walten zu lassen, um finanzielle Nachschläge zu vermeiden. Andererseits wurden die von dem Gegner des Kleinwohnungsbaus vorgebrachten Behauptungen über mangelnde Kontrolle und Sparsamkeit bei den Baugenossenschaften als ungeschickte profithungriger Verleumdung entlarvt. Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die notwendige Steigerung der Neubautätigkeit ist nur möglich durch weiteren Ausbau der Hauszinssteuererhebung. Der noch immer so erschreckende Mangel an gesunden Kleinwohnungen zwingt überdies zur Verwendung der aus der Neuregelung der Reparationsfrage freiwerdenden Mittel für den Kleinwohnungsbaue.“

Anfolge der dadurch eintretenden erhöhten Tätigkeit des Baugewerbes als Schlüsselindustrie wird gleichzeitig der Arbeitslosigkeit gesteuert und die Frage der Arbeitslosenversicherung mitgelöst werden.

Die wichtigsten Träger des Kleinwohnungsbaugedankens sind anerkanntermaßen die gemeinnützigen Bauvereinigungen. Ihre Förderung bedeutet deshalb die wirksamste Bekämpfung der großen sozialen Not unserer Zeit des Arbeitslosenlebens und der Wohnungsnot.

